

SPD demokratischer pressediens

F/XXVI/160

24. August 1971

Berlin - Signal zur Entspannung

Nach dem Großmächte-Erfolg jetzt die Reihe
an den Deutschen

Seite 1 und 1a / 68 Zeilen

Notwendige Korrektur zur Fernseh-Diskussion

Neue Programmstruktur beim ZDF keineswegs
beschlossen

Seite 2 und 3 / 96 Zeilen

Ein Leben im Dienste der Sozialdemokratie

Zum siebzigsten Geburtstag von Fritz Segall

Seite 4 / 29 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckart
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 9, Hauptallee 2-10
Postfach: 9153
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 35
Telex: 380 545 000 347
530 545 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Berlin - Signal zur Entspannung

Nach dem Großmächte-Erfolg jetzt die Reihe an den Deutschen

Der 23. August 1971 wird ein für Berlin ebenso historisches Datum sein wie der 12. August 1970, der Tag, an dem Bundeskanzler Willy Brandt den Gewaltverzichtsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion in Moskau unterzeichnet hat. Am 23. August wurde das erste Berliner Abkommen konzipiert und an die beteiligten Regierungen weitergeleitet, das der Bevölkerung der Stadt mehr Sicherheit gibt, was den Status betrifft, und mehr Erleichterungen ermöglicht, was die Bewegungsmöglichkeit zwischen Berlin und der Bundesrepublik, aber auch zwischen beiden Teilen der Stadt angeht. Die Übereinkunft der vier Botschafter, dessen Text bis zur Stunde noch nicht veröffentlicht worden ist, soll die Berliner Zufahrtswege störfrei machen und den innerstädtischen Verkehr, der am 13. August 1961 durch den Bau der Berliner Sperrmauer blockiert worden war, in gewissen Formen wieder in Gang bringen.

Das Berlin-Papier ist ein Kompromiß. Die Sowjetunion hat sich als Signatarmacht verpflichtet, den Berlin-Verkehr durch die DDR-Behörden bevorrechtigt und schneller abwickeln zu lassen, sie hat den Weg für die West-Berliner nach Ost-Berlin - wenn auch kontrolliert - freigegeben und sie respektiert in Zukunft die Zuordnung West-Berlins zur Bundesrepublik. Die westlichen Zugeständnisse sind bei näherer Beleuchtung mehr oder weniger die schriftliche Fixierung dessen, was ist. Schon seit 1961 fanden keine Plenarsitzungen des deutschen Bundestages mehr in West-Berlin statt, und zwar auch auf Anordnung oder Anraten der drei Westmächte. Jetzt wird das Abhalten dieser Plenarsitzungen an der Spree nicht mehr möglich sein, weil die Westmächte dies der Sowjetunion ebenso schriftlich zugestanden haben, wie das Verbot der Veranstaltung von Bundesversammlungen in Berlin. Aber alle Bundesaktivitäten, wie die Sitzungen von Ausschüssen und

Fraktionen des Bundestages, der Besuch des Bundespräsidenten in Berlin und die Anwesenheit des Kanzlers und anderer Kabinettsmitglieder in dieser Stadt und vor allem die Mitgliedschaft West-Berlins im Bundesrat wie auch die Entsendung Westberliner Abgeordneter in den Bundestag, bleiben unangetastet und sind jetzt, festgehalten im Vertragstext und unterzeichnet von den Vier Mächten, respektierter Bestandteil des Status Berlins.

Ungeachtet dessen ist nüchterne Beurteilung geboten. Die Verhandlungen zwischen den Delegationen beider deutscher Staaten stehen noch bevor und werden sicher von beiden Seiten mit großer, auf den eigenen Vorteil bedachter Zähigkeit geführt werden, denn: Der Teufel steckt im Detail. In den Verhandlungen zwischen der Bundesregierung und der Regierung der DDR muß nun kargestellt werden, in welcher Weise und in welcher Höhe eine Fauschalabgeltung der bisher von den einzelnen Reisenden zu zahlenden Visa- und Straßenbenutzungsgebühren durch die Bundesregierung vorgenommen werden kann und - vor allen Dingen - wie der Begriff "Identifizierung" interpretiert wird, die anstelle der bisherigen Personenkontrolle durchgeführt werden soll. Es bleibt auch abzuwarten, ob in diesem Zusammenhang der von der DDR eingeführte Visazwang, der überhaupt nur durch das Fehlen einer Berlin-Vereinbarung möglich war, in eine andere Verfahrensweise umgewandelt wird oder nicht. Diese Probleme werden nun Gegenstand der Erörterungen zwischen Staatssekretär Egon Bahr und seinem DDR-Gesprächspartner Dr. Michael Kohl sein, während der Westberliner Senatsdirektor Ulrich Müller mit seinem Ostberliner Gesprächspartner Günter Kohrt die Modalitäten für den in der Berlin-Regelung vorgesehenen innerstädtischen Verkehr auszuhandeln wird.

Obwohl die noch zur Verhandlung anstehende Materie schwierig und kompliziert ist, ist schon jetzt zu sagen, daß diese vier Unterhändler sich um Erfolg zu bemühen haben werden. Die abschließende Einigung der Vier Mächte, die für Berlin verantwortlich sind, setzt erfolgreiche deutsche Verhandlungen voraus. Es ist nicht zu erwarten, daß die Großmächte, die sich aus weltpolitischen Erwägungen um eine Berlin-Regelung bemühen, ihr Ziel und ihren Erfolg aus den Augen verlieren werden. Es liegt nun an den Deutschen, das Beste daraus zu machen.

(khm/ee/24.8.1971/ks)

Notwendige Korrektur zur Fernseh-Diskussion

Neue Programmstruktur beim ZDF keineswegs beschlossen

Das Zweite Deutsche Fernsehen könnte, jedenfalls quantitativ, mit seiner gegenwärtigen Publicity zufrieden sein. Bei näherer Prüfung der Schlagzeilen, Inhalte und Tendenzen des Presse-Echos auf Vorgänge und angebliche Absichten innerhalb dieser Anstalt bleibt jedoch nur die Erfolgsmeldung vom Überraschenden Kanal-Wechsel des langjährigen ARD-Markenartikels Dr. Peter Scholl-Latour als ungetrübte Freude für die Mainzer Anstaltsspitze. Säueris und Katzenjammer bei der in solchen Fragen durch strukturelle Schwerfälligkeit gehemmten ARD-Konkurrenz brauchen dieses verständliche Hochgefühl nicht zu beeinträchtigen.

Mit sehr gemischten Gefühlen müsste der ZDF-Intendant hingegen die Betrachtungen und Bewertungen anderer personeller Perspektiven durch Journalisten zur Kenntnis genommen haben. Die sogar von einer, in ihren sonstigen Wertungen eher zurückhaltenden schweizer Zeitung gebrauchte Formel "Vom Zweiten Deutschen Fernsehen ZDF zum Christdemokratischen Fernsehen CDF" gibt den Tenor dieser publizistischen Resonanz auf anstaltsinterne Denk- und Personalmodelle für den Bereich der Chefredaktion sehr pointiert aber durchaus zutreffend wieder. Hierzu muß der Korrektheit halber freilich gesagt werden, daß dieser berechtigten öffentlichen Wachsamkeit gegenüber einseitigen politisch-publizistischen Entwicklungen und Fixierungen innerhalb einer öffentlich-rechtlichen, zur Ausgewogenheit ihres Programm verpflichteten Anstalt nur Spekulationen oder vage Informationen zugrundeliegen, mit denen sich bisher kein relevantes Organ der Anstalt offiziell befaßt oder gar identifiziert hat. Es ist daher das gute Recht des Intendanten, zu diesen, aus vielen Quellen gespeisten Planspielen und den daraus abgeleiteten Befürchtungen und Warnungen zu schweigen.

Anders verhält es sich mit dem in den letzten Tagen in der Öffentlichkeit entstandenen Eindruck, als sei der frühere Beginn des abendlichen Hauptprogramms des Zweiten Deutschen Fernsehens ab 1. Januar 1973 - um 19 Uhr statt wie bisher um 19,45 Uhr - bereits eine beschlossene Sache. Meldungen und Kommentare dieses Inhalts bedürfen - nicht zuletzt im Interesse des Selbstverständnisses von der Aufgabenteilung der exekutiven und legislativen Organe der Anstalt - eine Korrektur. Sie ist nicht als Rüge an die Anstaltsspitze gemeint, sondern zur Aufklärung eines Mißverständnisses erforderlich, das offenbar zahlreiche Journalisten aus einer Pressekonferenz mit dem ZDF-Intendanten Prof. Dr. Karl Holzamer an die Telefone und Schreibmaschinen mitgenommen haben.

Zu dieser Klärung ist folgendes festzustellen: Seit dem 16. April 1971 ist im ZDF-Fernsehrat und seinen Ausschüssen nach gründlicher Vorarbeit der Anstalt eine intensive Diskussion um eine neue Konzeption und Struktur für das ZDF-Programm im Gange. Sie basiert auf einer bemerkens- und aner kennenswerten Studie über die voraussehbaren technologischen Entwicklungen und über das

analysierte "Sehverhalten" der deutschen Bildschirm-Gemeinde.

Gegen den daraus abgeleiteten Vorschlag der Anstalt, den Beginn des Hauptprogramms auf 19 Uhr vorzuverlegen, hat es im ersten Durchgang der Diskussion - ein zweiter ist am 26. und 27. August in Berlin vorgesehen - Vorbehalte quer durch die im Fernsehrat vertretenen Gruppen gegeben. Sie waren vorwiegend gesellschafts- und familienpolitisch motiviert und lassen sich in Frageform auf den Generalnenner bringen, ob das Fernsehen eine Legitimation hat, Freizeit und Familienleben der Menschen total zu verplanen und Lebensgewohnheiten gezielt zu verändern. Diese u.a. von der stellv. CDU-Vorsitzenden Dr. Helga Wex aufgeworfene Frage ist noch keineswegs ausdiskutiert.

Gleiches gilt für Überlegungen zum Programmschluß. Das sowohl unter arbeitsmedizinischen als auch unter volkswirtschaftlichen Aspekten beachtliche Argument, die Versuchung des Fernseh-Sessels früher als bisher - möglichst um 22 Uhr - enden zu lassen, schlägt nicht durch, wenn das ARD-Fernsehen in Wahrnehmung verständlicher Konkurrenz-Interessen die "Tagesschau" weiterhin um 20 Uhr sein in der Regel dreistündige Abendprogramm eröffnen läßt.

Dies sind nur wenige von mehreren Fragezeichen in dieser Diskussion. Beim Prozeß der Meinungsbildung, der sicherlich in Berlin noch nicht abgeschlossen wird, können auch die berechtigten Interessen der "Väter" der Länderanstalt ZDF, nämlich der Ministerpräsidenten, nicht ignoriert oder ausgeklammert werden. Sie können sich in diesem Falle sogar auf die im Staatsvertrag über die Errichtung des ZDF verbriefte Konsultationspflicht der Anstalt berufen, wenn es um die Frage geht, "daß die Fernsehteilnehmer der Bundesrepublik zwischen zwei inhaltlich verschiedenen Programmen wählen können".

Aus dieser Richtung ist mit einem mehrheitlichen Votum dafür zu rechnen, daß eine Änderung des Mainzer Programmschemas nicht auf Kosten der regionalen und landespolitisch geprägten Regionalprogramme im ARD-Fernsehen erfolgen darf. Diese Position ist in ihrer Bedeutung - ganz abgesehen vom beachtlichen Gewicht der Länder in den Aufsichtsgremien des ZDF - schon deshalb nicht zu unterschätzen, weil sie durch eine mit dem "grünen Licht" für die am 1. Januar 1970 wirksam gewordene Gebührenerhöhung für Rundfunk und Fernsehen gekoppelte "Empfehlung" der Länderchefs abgestützt ist. Bei den zuständigen Stellen des ZDF ist man sich im Übrigen in diesem konkreten Zusammenhang völlig klar darüber, daß selbstverständlich auch die Ministerpräsidenten-Konferenz in diesen Prozeß der Meinungsbildung und Vorentscheidung über langfristig bedeutsame Änderungen der Programmstruktur einbezogen werden muß.

Die jetzt gemeldete und wohl überschätzte Erfüllung der Koordinierungsverpflichtung, die ZDF und ARD staatsvertraglich aufgetragen ist, ist also nur eine von mehreren Voraussetzungen. Die Spitze des ZDF wäre gut beraten, dies der Öffentlichkeit zu verdeutlichen, um den sicher nicht gewollten Eindruck zu vermeiden, als sollten die Aufsichtsgremien der Anstalt überfahren oder gar taktisch ausmanövriert werden.

Lothar Schwartz
(-/ex/24.8.1971/ks)

Ein Leben im Dienste der Sozialdemokratie

Zum siebzigsten Geburtstag von Fritz Segall

Am 27. August schließt Fritz Segall, der Londoner Verbindungsmann des Parteivorstandes der SPD zur britischen Labour Party und ihrer Parlamentsfraktion, sein siebentes Lebensjahrzehnt ab. In Neudamm geboren, aber in Berlin aufgewachsen, trat er mit 18 Jahren in die SPD ein und war zeitlebens als Journalist, auch als Mitarbeiter des "Vorwärts", des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" und der Gewerkschaftspresse tätig. Sein Hauptinteresse aber galt von Anfang an dem gerade sich entwickelnden Rundfunkwesen. Über fünf Jahre war er Geschäftsführer des Arbeiter-Radio-Bundes und Redakteur der offiziellen Rundfunkzeitung der SPD: des "Volksfunks"; als Verbindungsmann zwischen der Fraktion der SPD und dem Kultusministerium hat er für eine adäquate Beteiligung der Arbeiterbewegung am Programm des Funks gesorgt.

Mit Hilfe des Arbeiter-Radio-Bundes baute er die Organisation der Kurzwellen-Sender aus, die das "Reichsbanner" dann bei der Bekämpfung der Nationalsozialisten wirkungsvoll einsetzen konnte. Schon vor der "Machtergreifung" wurde er (1932) entlassen und 1933 verhaftet, durfte sich dann aber bald innerhalb der Jüdischen Gemeinde der Umschulung und Ausbildung erwerbslos gewordener Künstler widmen, die danach auswandern wollten. Er selber mußte 1939 das Land verlassen; er ging nach England, wo er sich zunächst jahrelang als Fabrikarbeiter durchschlug, bis er dann 15 Jahre im wissenschaftlichen Buchhandel und Verlagswesen arbeiten konnte.

Bis in die jüngste Zeit war Segall, länger als ein halbes Jahrhundert, im freigewählten Dienst für den demokratischen Sozialismus tätig; seit kurzem macht ihm dabei sein Herz schwer zu schaffen. Wir wünschen dem Jubilar einen möglichst erträglichen Lebensabend und schließen uns dem aufrichtigen Dank seiner vielen anderen Freunde an, denen er Vorbild und Mahner war.

Willi Eichler
(-/ex/24.8.1971/ks)

+ + +